

Friedrich Merz

Sie wirkte wie ein Schock: Vor dreißig Jahren, 1972, kam die Studie „Grenzen des Wachstums“ als Bericht an den Club of Rome heraus. Zum ersten Mal wurde dadurch die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gerückt. Seitdem steht die Frage nach der Fortdauer der industriellen Wohlstandsgesellschaft mit ihrem hohen Verbrauch an Rohstoffen, Wasser, Luft und Energie auf der Tagesordnung der globalen Öffentlichkeit, aber zugleich auch diejenige nach der gerechten Verteilung des Wohlstandes im Weltmaßstab. Die Berichte der „Brandt-Kommission“ zur Nord-Süd-Problematik und der „Brundtland-Kommission“ zum Bereich Umwelt und Entwicklung waren die entscheidenden Stationen, die zur Entwicklung des Konzepts „Nachhaltigkeit“ führten. Die Konferenz der Vereinten Nationen in Rio 1992 schließlich beschloss erstmalig ein umfassendes Programm zur weltweiten nachhaltigen Entwicklung (*sustainable development*), das sowohl globale ökologische Ziele als auch nationale und lokale Nachhaltigkeitsstrategien nach den Kriterien der Agenda 21 umfasste.

Was ist von dem großen Aufbruch geblieben? Zehn Jahre nach Rio prüfte jetzt die Weltgemeinschaft auf dem neuen Gipfel in Johannesburg, was die Anstöße der Agenda 21 in Gang gebracht und wieweit die Vereinbarungen der Folgekonferenzen gegriffen haben. Der voranschreitende Klimawandel, erneuerbare Energien und Schutz natürlicher Ressourcen

standen ebenso auf der Gipfel-Agenda wie Armut, soziale Entwicklung und wirtschaftlicher Fortschritt. Das Gipfelklima war seltsam gedämpft. Statt großer Visionen waren kleine, aber praktische Vereinbarungen in den drei „P“-Bereichen – „people, planet, prosperity“ – erwartet worden. Insgesamt gesehen waren die Ergebnisse des Gipfels dürfzig. Es wird künftig entscheidend sein, ob die beteiligten Staaten, globale Institutionen und Nichtregierungsorganisationen zu einem fundierteren Verständnis der Nachhaltigkeit kommen. Am Beispiel des Nachhaltigkeitsberichtes der Bundesregierung kann man sehen, wie sehr dieser Begriff zu einem nichts sagenden „Plastikwort“ (Pörksen) zu verkümmern droht: Wenn alles, wie dieser Bericht zeigt, nachhaltig sein soll, dann ist der Begriff durch Überfrachtung entwertet und ohne Erkenntnis- wie handlungsanleitende Kontur.

Noch immer kennen nur dreizehn Prozent der Bundesbürger den Begriff der Nachhaltigkeit – und das obwohl Deutschland seit 1992 eines der aktivsten Länder bei der nationalen wie lokalen Umsetzung der in Rio beschlossenen Aufgaben ist. In kaum einem Land gibt es so viele Agenda-21-Gruppen wie bei uns. Die Unkenntnis des Begriffs der Nachhaltigkeit ist zu einem Gutteil auch seiner Unschärfe geschuldet. Die Brundtland-Kommission definierte Nachhaltigkeit als „Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedi-

gen“. Damit wurde erstmals auf die Zeitdimension aufmerksam gemacht. Dieses neue normative Konzept des Generationsausgleichs wurde in Rio erweitert. Nachhaltigkeit umfasst nun die Triade Schutz der natürlichen Umwelt, soziale Verantwortung für die ärmeren Länder und eine daran angepasste leistungsfähige Wirtschaft. In diesem Sinn ist sie ein Leitbegriff für zukunftsfähige Orientierung und Entwicklung geworden. Inter- und Intragenerativität sollen sich entsprechen: Alle heute lebenden Menschen sollen ein menschenwürdiges Dasein führen können, und zugleich sollen die globalen Ressourcen auch für die zukünftigen Generationen erhalten bleiben.

### Drei Quellen

Allerdings wird bei diesem anspruchsvollen Projekt oft übersehen, dass sich der Begriff Nachhaltigkeit aus drei Quellen speist, die durchaus gegensätzlich oder zumindest nicht auf Anhieb miteinander vereinbar sind.

*Erstens* geht es um den Erhalt der biologischen Umwelt, der globalen Ökosysteme. Die Nutzung der natürlichen Ressourcen soll wie bei einem Wald erfolgen, bei dem man nur so viel Holz schlägt, wie nachwachsen kann. Dieses ist ein statisches Konzept, das auf Bewahrung von Natur gerichtet ist und Eingriffen des Menschen (auch zu seinem eigenen Schutz) Grenzen setzt.

*Zweitens* wird Verteilungsgerechtigkeit in Hinblick auf Ressourcennutzung und soziale Entwicklungsmöglichkeit gefordert – im globalen Rahmen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern sowie in Hinblick auf die nachfolgenden Generationen.

*Drittens* geht es um eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, die hohe Effizienz mit beständiger Innovation und technologischem Fortschritt verbindet. Der dynamische Prozess „schöpferischer Zerstörung“ einer Marktwirtschaft erzeugt über

die Natur hinaus den Mehrwert, der Grundlage für wachsenden Wohlstand ist.

In diesem Drei-Säulen-Konzept sind alle Ziele gleichrangig. Völlige Widerspruchsfreiheit ist nicht möglich. Deswegen kommt es auf die richtige Balance durch Maßhaltendes, abwägendes Urteil an. Für eine *Economy of Balance* gehören Schützen und Nützen ebenso zusammen wie Wirtschafts-, Umwelt- und Generationenbilanzen. So wie Natur nicht gegen Zivilisation ausgespielt werden darf (ein alter Fehler der Ökologiebewegung), wäre es fatal, Ökologie gegen Marktwirtschaft und Industrie- gegen Entwicklungsländer zu setzen. Der Preis wäre der Verlust von Kultur und gerechter Entwicklung für alle.

Ökonomie, Ökologie und soziale Entwicklung werden in dieser Perspektive als Einheit betrachtet. Das stellt höchste Ansprüche an Theorie und Praxis politischen wie wirtschaftlichen Handelns. Nachhaltigkeit ist in der Tat zu einer „hyperkomplexen Herausforderung mutiert“ (Vorholz). Trotzdem bietet sie, richtig verstanden, die Möglichkeit, ein tragfähiges Zukunftskonzept zu werden. Die kommende Aufgabe wird sein, auf ordnungspolitischer Grundlage Nachhaltigkeit mit Sozialer Marktwirtschaft zu verbinden. Diese Wirtschaftsordnung ist der Prototyp einer schöpferischen wie flexiblen, zugleich freiheitlichen wie gerechten Ordnung. Sie hat erfolgreich die Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand, Teilhabe und eigenständige freiheitliche Entwicklung gelegt. Weil die Soziale Marktwirtschaft an universellen Rechten, grundlegenden Werten und an einem personalen Menschenbild orientiert ist, das sowohl die Entwicklung der Individual- wie der Gemeinschaftsbezüge im Auge behält, ist sie eine Wirtschaftsordnung, die sich mit den unterschiedlichen Gegebenheiten der Staaten auf der Erde arrangieren kann. Als „Internationale Soziale Marktwirtschaft“ kann

sie den wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsräumen öffnen, der zu ökologischer und gerechter Entwicklung gleichermaßen führt. Soziale Marktwirtschaft ist gekennzeichnet durch einen Handlungsräum marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, der durch einen Ordnungsrahmen gegründet, eingefasst und gesteuert wird. Zu diesem Ordnungsrahmen gehören die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Gewaltverzicht, Handlungsmaximen wie Solidarität und Eigenverantwortung sowie Organisationsprinzipien wie das der Subsidiarität. Grundwerte, Handlungsmaximen und Organisationsprinzipien sind dabei aufeinander bezogen. Zur Subsidiarität tritt nun als neues ordnungspolitisches Prinzip die Nachhaltigkeit hinzu. Es ist gekennzeichnet durch Vorsorge, Vorbeugung und Verlässlichkeit.

Wie bei der Subsidiarität geht es bei der Nachhaltigkeit als einer genuinen Querschnittsaufgabe darum zu prüfen, inwieweit politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen den Kriterien der Vorsorge, Vorbeugung und Verlässlichkeit so weit wie möglich entsprechen können – allerdings in der Balance mit den anderen Zielen, Maximen und Ordnungsprinzipien. Auf diese Weise wird Nachhaltigkeit Teil einer freiheitlichen und gerechten Wirtschaftsordnung, die zugleich den entscheidenden sozio-ökonomischen Fortschritt sichert.

Dabei kommt nicht nur staatlicher und privatwirtschaftlicher Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsförderung eine entscheidende Rolle zu, sondern auch dem Markt als Entdeckungsverfahren für neue Technologien und Produkte zur Lösung der anstehenden Aufgaben. Technikfeindlichkeit verträgt sich nicht mit Nachhaltigkeit.

Die stark forcierte, marktkompatible Entwicklung neuer Technologien zusammen mit dem Öko-Audit und die viel diskutierte ökonomische Effizienzrevolution um den „Faktor vier“ (vierfach er-

höhter Ertrag bei demselben Ressourceneinsatz) tragen zur Problemerkenntnis wie zur Problemlösung in hohem Maß bei. Erheblich verbesserte Stoffkreisläufe, Spartechnologien, neue Chipentwicklungen, Nano- und Miniaturtechnologien, Gentechnik, neue Werkstoffe, neue Energieträger wie die Brennstoffzelle oder die ständig optimierte Solarenergienutzung, die Weiterentwicklung der Atomenergie als CO<sub>2</sub>-freier Energieerzeuger und die Atomfusionstechnik – vieles ist auf dem Weg der Entwicklung, was in naher wie mittlerer Zukunft ökologische wie ökonomische und soziale Verhältnisse beträchtlich verändern wird. Auch die Ablösung der Industriegesellschaft durch die wissensbasierte Informationsgesellschaft mit ihrer zunehmenden „Virtualisierung der Ökonomie“ (Rifkin) und der Steigerung immateriell erbrachter Dienstleistungen wird der Entfaltung einer nachhaltigen Zukunftsgesellschaft entgegenkommen. Der Wechsel vom Paradigma der Industriegesellschaft zu dem der Wissensgesellschaft führt zu einer deutlichen Schonung von Ressourcen durch die erhebliche Steigerung von Effizienz, geringerer Umweltbelastung und damit zu einer ökonomisch und ökologisch orientierten Produktion und Konsumption. Das setzt allerdings voraus, dass die neuen Kommunikationstechnologien sich weltweit verbreiten und ein dauerhafter *digital gap* vermieden wird.

### Keine „Verzichtsgesellschaft“

Wenn man aber schwere soziale Konflikte bis hin zu Kriegen vermeiden will, kann es weder darum gehen, den Wohlstand in den Industrieländern abzusenken, noch darum, die Entwicklungschancen von Ländern in der Dritten und Vierten Welt zu beschneiden. Nachhaltigkeit muss nicht zu einer statischen „Verzichtsgesellschaft“ ohne Weiterentwicklung führen. Vor allem aus dem Munde der reichen Industrieländer klingen solche Forderun-

gen reichlich schal. Zu Recht haben sich die Entwicklungsländer auf der Konferenz in Kyoto dagegen aufgelehnt. Andererseits ist auch klar: Würden alle Menschen auf einem solch hohen Konsumstandard leben wie die Menschen in den Industrieländern, bräuchten wir in aller Kürze drei Planeten Erde. Die Klimaprobleme würden exorbitant anwachsen, da die Energiegewinnung aus der fossilen Kohle Hauptenergiequelle in vielen Ländern ist und auf absehbare Zeit bleiben wird. Der Entwicklungspfad der drei Schwellenländer Brasilien, Indien und China, die bereits jetzt drei Viertel der Weltbevölkerung stellen, ist auf Nachahmung der Industrieländer eingestellt. Umso wichtiger ist es – ein Beispiel unter vielen –, in diese Länder die weltweit modernste Abgastechnik für Kohlekraftwerke zu exportieren. Umfassender Technologietransfer aus den entwickelten in die unterentwickelten Länder wird einer der entscheidenden Schlüssel sein, in den Entwicklungsländern einen zumindest bescheidenen Wohlstandsaufbau mit einem verträglichen ökologischen Umgang zu erreichen.

### „Global compact“

Zum Prinzip Nachhaltigkeit gehören schließlich – auch daran gilt es zu erinnern – organisierte Staatlichkeit, Demokratie als politische Ordnung und die dauerhafte Entfaltung der (bürgerlichen) Zivilgesellschaft. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Entwicklung, erst recht Wohlstand und Gerechtigkeit werden nur dann wirklich dauerhaften Bestand haben, wenn auch die politischen Strukturen an Menschenwürde und Menschenrechten, an Rechtsstaatlichkeit, demokratischen Prinzipien und einer freiheitlichen politischen Kultur ausgerichtet sind. Es geht auch um Nachhaltigkeit der demokratischen Entwicklung.

Wird „der Mensch die Erde zerstören“, weil er „die Fähigkeit verloren hat, vor-

auszublicken und vorzusorgen“, wie Albert Schweitzer düster prognostizierte? Das ist wohl doch zu pessimistisch gedacht und bewertet die menschliche Fähigkeit zur Einsicht aus Vernunft und zu kreativer Lösungssuche zu gering. Im Gegensatz zu früheren Stimmen sollten wir uns hüten vor dem Alarmismus apokalyptischer Katastrophen-Szenarien wie auch vor wohlfeiler Beschönigung und Verharmlosung weltweiter Problemlagen. In Deutschland haben sich viele Menschen zur lokalen Umsetzung der Agenda-21-Kriterien in Organisationen der Bürgergesellschaft engagiert. Zunehmend mehr Städte richten ihre kommunale Entwicklung mit Gewinn an der Rio-Deklaration aus. Immer mehr Unternehmen verstehen sich als *corporate citizenship* und orientieren sich in ihrer Unternehmensstrategie am Leitbild nachhaltiger Entwicklung. Der „Dow Jones Sustainability Group Index“ misst die Wertentwicklung von Unternehmen, die in ihrer Branche in ökonomischer wie ökologischer und sozialer Hinsicht Spitzenreiter sind. Bürger, Kommunen und Unternehmen dokumentieren mit ihrer Bereitschaft zum Umdenken bereits sinnvolle Pfade für die Strukturen der Zukunftsgesellschaft. Überall auf der Welt, wenn auch im Einzelnen noch sehr unterschiedlich, werden Anstrengungen unternommen für eine fortschrittliche, langfristorientierte Entwicklung im Sinne des *global compact* Kofi Annans.

Wir Menschen insgesamt nehmen unsere Fähigkeit zur einer prosperierenden Gestaltung der Welt tief greifend in Anspruch, besitzen aber auch die Gefährdungshaftung für die „eine Welt“. Die entscheidende normative Frage lautet: Wie können die Menschen ihren Weg in die Zukunft gestalten, ohne die natürlichen Ressourcen des Planeten zu erschöpfen, intergenerative Gerechtigkeit zu vernachlässigen und das Recht auf Entwicklung eines jeden Menschen zu verletzen? Eine

nachhaltige Entwicklung im Weltmaßstab, die Fortschritt mit Gerechtigkeit, Wettbewerb und Effizienzsteigerung verbindet, setzt neues Nachdenken über unsere Lebensqualität und die Wege zu ihr voraus. Schon Albert Einstein war klar: „Wir können Probleme nicht mit Denkmustern lösen, die zu ihnen geführt haben.“ Eines ist sicher: Vieles wird sich ändern, und zwar schneller als zuvor in der Geschichte der Menschheit. Ein neues, mehrdimensionales und vernetztes Denken wird deshalb stärker als bisher der Vielschichtigkeit von Entwicklung und Gerechtigkeit entsprechen müssen. Unser Denken wird zugleich nach den beabsichtigten Zielen eines „guten Lebens“ und damit zukunftsgerechter Leitbilder zu fragen haben. Nicht zuletzt wird es sich der geplanten wie der ungeplanten Folgen ökonomischen und sozialen Handelns für künftige Generationen wie für den Ökologiehaushalt der Erde annehmen müssen. Die Wende zu einer neuen Phase nachhaltigen globalen Handelns beginnt in den Köpfen. Nachhaltigkeit ist ein Lern-, Such- und Gestaltungsprozess im regionalen, nationalen und globalen Rahmen. Langfristiges Ziel ist ein „verantwortbarer Wohlstand für alle“, so UNO-Generalsekretär Kofi Annan in Anspielung auf das bekannte Motto von Ludwig Erhard. Eine Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert setzt auf eine Internationale Soziale Marktwirtschaft, die

- Nachhaltigkeit in einen rechtlichen und politischen Ordnungsrahmen integriert,
- Anreizsysteme für eine gleichgewichtige Entfaltung der Triade „effiziente Ökonomie – intakte Ökologie – gerechte soziale Entwicklung“ im Sinne des Rio-Prozesses für Staaten, Organisationen und Bürger setzt und die
- innerhalb einer solchen globalen Ordnung dem marktwirtschaftlichen wie interkulturellen Wettbewerb Räume ermöglicht für vielfältige Entwicklungs-

pfade und kreative Lösungen der anstehenden großen Zukunftsprobleme.

Da wir, wie schon Kant vermutete, auch in Zukunft keinen Weltstaat haben werden, ist es Aufgabe der weltweit agierenden Organisationen und der fortschrittlichen Nationalstaaten einschließlich der Staatenverbünde wie der Europäischen Union, mit gutem Beispiel voranzugehen. Nicht nur rechtlicher Zwang, auch freiwillige Vereinbarungen entfalten Bindungskräfte, und Vorbilder ermutigen zur Nachahmung. Wirkliche Nachhaltigkeit wird weder mit dem „Raubtierkapitalismus“ einer reinen Marktwirtschaft noch mit einem jede Kreativität erstickenden bürokratisch-planerischen Zentralismus erreicht. Allen bisherigen historischen Erfahrungen nach wird eine Internationale Soziale Marktwirtschaft noch am ehesten in der Lage sein, Freiheit und Gerechtigkeit miteinander zu verbinden, Wachstumspotenziale für soziale Entwicklung und Ausgleich zu schaffen sowie Umweltverträglichkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im globalen Rahmen zu gewährleisten. Nach „Johannesburg“ kommt es deshalb im Sinne der „Aufgabe Nachhaltigkeit“ nicht nur darauf an, praktische Reformen in Einzelbereichen vereinbaren, sondern versuchsweise auch Schritte hin zu der richtigen globalen Ordnungspolitik unternehmen. Auch alle zukünftigen Gipfel dieser Art haben einen richtungweisenden Beitrag zu einer *good global governance* zu leisten.

Ob es gelingt, eine Internationale Soziale Marktwirtschaft als globalen Ordnungsrahmen zu etablieren, ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Menschheit auf unserer Erde. Dafür sollten so viele geistige Ressourcen und tatkräftige Energien wie möglich freigesetzt werden. Zumindest darin sollte es keine „Grenzen des Wachstums“ geben. Denn die großen Zukunftsfragen der Menschheit verlangen nach angemessenen Antworten.